

# Vom Recht, Religion zu beleidigen

"Muslime in den Medien" lautete das Thema einer Tagung in Potsdam. Dabei zeigte sich, wie sehr die Fronten im Meinungsstreit in Bewegung sind.

**N**ach einer Weile schienen Worte nicht mehr auszureichen, es mussten Taten folgen. Gerade noch hatte Flemming Rose, der Feuilletonchef der dänischen Zeitung "Jyllands-Posten", versucht, die Debatte etwas zu vereinfachen, hatte sogar, um den Unterschied von Bildern und Aktionen zu veranschaulichen, die schöne Anekdote von dem Gestapo-Offizier erzählt, der Pablo Picasso in dessen Wohnung besucht hatte und, als er "Guernica" an der Wand hängen sah, fragte, ob der Hausherr das denn gemacht habe, woraufhin der Künstler geantwortet habe: "Nein, Sie", als sich plötzlich eine junge Dame, die Berliner Journalistin Mely Kiyak, von ihrem Platz erhob, weil sie es nicht mehr ertragen konnte, von Rose Nachhilfe in Sachen Demokratietheorie zu erhalten. "Sind Sie gekommen, um mir eine Lektion zu erteilen?", fragte sie und verließ den Raum. Am Ende war ihr Protest natürlich auch vor allem ein Bild, und wer bis dahin noch nicht verstanden hatte, dass nicht nur fundamentalistische Flaggenverbrenner in der arabischen Welt eine andere Vorstellung von Meinungsfreiheit haben als die Provokateure in den westlichen Medien, sondern auch moderne Euro-Musliminnen, der wusste es nun besser.

"Muslime in den Medien" lautete das Thema, dem sich in diesem Jahr das Potsdamer Medienforum M100 widmete. Und weil auch Rose, dessen Zeitung vor vier Jahren mit der Veröffentlichung größtenteils schlechter Mohammed-Cartoons den sogenannten Karikaturenstreit ins Rollen gebracht hatte, zu einem Referat geladen wurde, ließen es sich viele der knapp siebzig Teilnehmer nicht nehmen, die Debatte von damals noch einmal zu führen. Da half es auch nichts, dass sich Rose bemühte, das Thema im größeren Kontext zu erörtern, indem er ein paar Thesen vorstellte, "wie man in einer globalen Welt zusammenlebt, in der alles überall veröffentlicht wird". Das tägliche Aufeinandertreffen von Kulturen ist für Rose kein Grund, auf publizistischen Kuschkurs zu gehen: "Pluralismus beinhaltet, dass man von Zeit zu Zeit beleidigt wird." Allenfalls Individuen verdienen einen Schutz vor Verleumdung und Diskriminierung. Religionen und Kulturen aber "sind da, um kritisiert und lächerlich gemacht zu werden". Erwartungsgemäß fand fast jeder Einwand gegen eine derart "absolute Meinungsfreiheit" jemanden, der ihn formulierte. Die zum Islam konvertierte ehemalige MTV-Moderatorin Kristiane Backer gab sich genügsam ("Wir brauchen keine absolute Meinungsfreiheit. Man kann den Propheten nicht so in den Schmutz ziehen"), der britische Journalist Peter Kellner wies auf die miese Qualität der Karikaturen hin, die man schon aus professionellem Ethos hätte verhindern müssen, und der Al-Dschazira-Moderator Jasim Al-Azzawi versuchte sich mit dem originellen Einwand, das Problem nach seinem publizistischen Erfolg zu beurteilen, und stellte in Frage, ob die Karikaturen an der Problematik der Selbstzensur, die sie illustrieren sollten, überhaupt etwas geändert hätten. Welch fremdes Verständnis von Journalismus Al-Azzawi dabei zugrunde legt, hatte er schon vorher angedeutet, als er sich ein wenig über den westlichen Glauben an die Wirkungsmacht des investigativen Journalismus lustig machte: Die Aufregung um den Watergate-Skandal beispielsweise sei für ihn kaum nachvollziehbar: "Es gab keinen Mord, keine Vergewaltigung, keine Veruntreuung öffentlicher Gelder - für arabische Verhältnisse gab es gar kein Verbrechen." Und obwohl diese Berufsauffassung eher irritierte, war man schon froh, dass auch einmal ein wenig Polemik zurückkam. Das Symposium demonstrierte eindrucksvoll,

wie viel Bewegung mittlerweile  
in die Debatte gekommen ist. Der  
Grund dafür ist, dass die vermeintlich  
gradlinigen Frontverläufe inzwischen  
längst die Form eines Labyrinths angenommen  
haben: Wo der Westen ist und  
wo der Nahe Osten, wo "wir" stehen und  
wo "sie", ist dabei kaum noch zu erkennen.  
Es waren am Ende eben auch Muslime  
und Musliminnen, die sich, als es  
dann um ihre Repräsentation in den Medien  
ging, am deutlichsten gegen eine  
Sonderbehandlung wehrten. "Wir brauchen  
nicht nur mehr Muslime in den Medien",  
stellte etwa die pakistanistämmige  
Riazat Butt klar, die beim "Guardian"  
für das Ressort "religious affairs" (und  
damit eben für alle Religionen) zuständig  
ist, "wir brauchen auch mehr Frauen  
oder mehr Menschen aus der weißen Unterschicht.  
Der einzige Grund, warum  
Konferenzen wie diese stattfinden, ist,  
dass wir am Ende eine Bedrohung für  
die Sicherheit darstellen." Und Shaded  
Amanullah, der Chefredakteur des Onlinemagazins  
"Altmuslim.com" pflichtete  
ihr bei: "Medien sind unausgewogen.  
Wer fühlt sich schon fair behandelt?"  
Im Zeitalter meinungsfreudiger Blogs  
und unzensurbarer Internet-Foren ist es  
längst kein Privileg der Umma mehr, beleidigt  
zu werden. Und so war es vielleicht  
das beruhigendste Zeichen, dass  
die Debatte sich am Ende tatsächlich  
nicht mehr dafür interessierte, was nun  
die dezidiert muslimische Komponente  
sei an all den Parallelgesellschaften und  
Nischen, die in den digitalen Medien ihren  
Platz finden. Und ob die islamischen  
Minderheiten im Westen im Speziellen  
von den ganz allgemeinen emanzipatorischen  
Chancen profitieren, die das Internet  
verspricht.  
Zwar warnte der renommierte Islamwissenschaftler  
Tariq Ramadan vor allzu  
großen Hoffnungen und dem Glaubwürdigkeitsmangel  
im Netz, erreichte als Medientheoretiker  
damit aber auch nicht unbedingt  
die gedankliche Komplexität,  
die er gefährdet sah. So verlief sich der  
Streit um Religion und Repräsentation,  
um Freiheit und Toleranz am Ende in  
den handelsüblichen Argumenten einer  
allgegenwärtigen Mediendebatte. Ausnahmsweise  
war das in diesem Fall sehr  
ermutigend.

HARALD STAUN